

## Lutherischer Weltbund – eine Kirchengemeinschaft

150, route de Ferney  
Postfach 2100  
CH-1211 Genf 2, Schweiz

Telefon: +41/22-791 61 11  
Fax: +41/22-791 66 30  
E-Mail: info@lutheranworld.org  
www.lutheranworld.org

## Chefredakteurin

Karin Achtelstetter  
ka@lutheranworld.org

## Deutsche Ausgabe

Dirk-Michael Grötzsch  
dmg@lutheranworld.org

## Englische Ausgabe

Pauline Mumia  
pmu@lutheranworld.org

## Layout

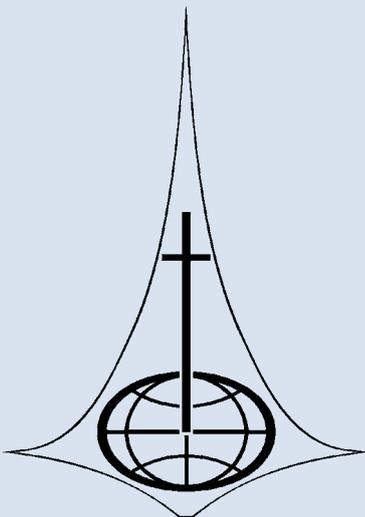
Stéphane Gallay  
sga@lutheranworld.org

## Vertrieb/Abonnement

Janet Bond-Nash  
jbn@lutheranworld.org

Die Lutherische Welt-Information (LWI) wird  
als Informationsdienst des Lutherischen  
Weltbundes (LWB) herausgegeben.

Veröffentlichtes Material gibt, falls dies  
nicht besonders vermerkt ist, nicht die  
Haltung oder Meinung des LWB oder  
seiner Arbeitseinheiten wieder. Die in der  
Lutherischen Welt-Information mit „LWI“  
gekennzeichneten Beiträge können kostenlos  
mit Quellenangabe abgedruckt werden.



## Siebentes Weltsozialforum in Nairobi



Eine Delegation des Lutherischen Weltbundes (LWB), bestehend aus KirchenleiterInnen, ProgrammkoordinatorInnen und Mitarbeitenden der Länderprogramme der LWB-Abteilung für Weltdienst (AWD) in Afrika, Asien, Europa und Lateinamerika, nahm vom 20. bis 25. Januar an verschiedenen Aktivitäten des siebenten Weltsozialforums (WSF) in Nairobi (Kenia) teil. Unter dem Motto des WSF „Eine andere Welt ist möglich“ beteiligte sich der LWB an der Organisation von Workshops zu den Themen Rückführung von Flüchtlingen, Schuldenerlass und Diskriminierung aufgrund von Kastenzugehörigkeit.

*Foto oben:* Eine Gruppe von AktivistInnen aus Indien bringt auf dem siebenten WSF ihre Unterstützung für die Rechte der Dalits zum Ausdruck. © ÖRK/J. Michel

(Siehe Seiten 3 bis 6 sowie 15f)

## Themen dieser Ausgabe

### Ökumenischer Kurs vermittelt nordamerikanischen SeminaristInnen neue Perspektiven .....8

„Es gehört auch zur Ökumene, zu lernen, mit Schrammen und blauen Flecken klarzukommen. Wir haben Veränderung erfahren, aber die Auswirkungen davon bedeuten einen langen Prozess“, betonte Adam Dichsen von der Lutheran School of Theology in Chicago...

### Diakonie ist fester Bestandteil des Auftrags der Kirche in der Welt.....9

Als ein wertvolles Zeichen für die lutherischen Kirchen hat Pfr. Ilo Utech von der Nicaraguanischen Lutherischen Kirche „Glaube und Hoffnung“ (ILFE) eine Workshopreihe zum Thema Diakonie bewertet...

### LWB-Generalsekretär ruft Konfliktparteien zur Lösung der Krise im Nahen Osten auf ..... 11

LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko hat die Einigung auf eine palästinensische Einheitsregierung begrüsst...

### LWB-Generalsekretär Noko verurteilt brutale Unterdrückung der Bevölkerung von Simbabwe..... 14

LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko hat sich mit aller Schärfe gegen die brutale Unterdrückung der Bevölkerung von Simbabwe gewandt...

## Aus dem Inhalt

### Communio

Siebentes Weltsozialforum in Nairobi

- 3 ..... **LWB-Delegation nimmt am siebenten Weltsozialforum in Nairobi teil**
- 4..... **WSF: Nobelpreisträgerin betont Rolle der Kirche bei Kampagne zum Schuldenerlass**
- 5 ..... **FEATURE: Angst vor der Rückkehr**
  
- 7 ..... **Bischof Kameeta: Namibische Zivilgesellschaft ist entschlossen zur Armutsbekämpfung**
- 8 ..... **Ökumenischer Kurs vermittelt nordamerikanischen SeminaristInnen neue Perspektiven**
- 9 ..... **Diakonie ist fester Bestandteil des Auftrags der Kirche in der Welt**

### LWB-Sekretariat

- 11 ..... **LWB-Generalsekretär ruft Konfliktparteien zur Lösung der Krise im Nahen Osten auf**
- 12..... **Lutherischer Weltbund kehrt zur Feier seines 60-jährigen Jubiläums nach Lund zurück**
- 13..... **LWB-Generalsekretär Noko verurteilt brutale Unterdrückung der Bevölkerung von Simbabwe**

### Features & Themen

- 15..... **FEATURE: Protest gegen eine schicke Flasche**

### Kurznachrichten

- 2..... **Bischöfin Martinez von der Karibik-Synode der ELKA verstorben**
- 2..... **Tschechische Republik: Stanislav Pietak neuer Bischof der SKEAV**
- 6 ..... **Palästinensische lutherische Kirche trauert um ihren ersten Bischof**
- 6 ..... **Wettbewerb für neuen Liedtext zum Jubiläum der vollen Kirchengemeinschaft in Kanada**
- 16..... **Kanadischer Bischof Schultz tritt in den Ruhestand**

### Bischöfin Martinez von der Karibik-Synode der ELKA verstorben

**Bischöfin Margarita Martinez** von der Karibik-Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELKA) ist am 11. März in Alter von 59 Jahren in Bayamon (Puerto Rico) einem Krebsleiden erlegen.

Der Leitende Bischof der ELKA und Präsident des Lutherischen Weltbundes (LWB), Mark S. Hanson, würdigte Martinez: „In den ökumenischen Beziehungen verkörperte sie die Gaben, die Frauen in Amt und Leitungspositionen einbringen.“

Martinez wurde in New York (USA) geboren und erwarb 1979 einen Bachelor- sowie 1982 einen Master-Abschluss in Betriebswirtschaftslehre an der Universidad Mundial in Hato Rey (Puerto Rico). 1989 folgte ein Master der Theologie am Lutheran Theological Seminary (Philadelphia/USA).

Nach ihrer Ordination 1989 war Martinez Pfarrerin der evangelisch-lutherischen Kirche in Bethel (Dorado/Puerto Rico)

sowie der evangelisch-lutherischen Kirche in San Marcos (Guaynabo/Puerto Rico). Von 1991 bis 1993 hatte sie die Funktion der Geschäftsführerin der Karibik-Synode der ELKA inne.

Von 1997 bis 1999 wirkte Martinez als beigeordnete Direktorin für weltweite Veranstaltungen in der ELKA-Abteilung für weltweite Mission. 2001 wählte die Karibik-Synode der ELKA Martinez zur Bischöfin mit sechsjähriger Amtszeit. Zu diesem Zeitpunkt war sie in der Lutherischen Mission Cristo El Señor, Cayey (Puerto Rico) tätig.

Martinez hinterlässt ein erwachsenes Kind, einen Bruder sowie ihre Mutter.

Zur Karibik-Synode der ELKA gehören 6.140 getaufte Mitglieder in 34 Gemeinden in Puerto Rico sowie den US-amerikanischen Jungferninseln.

*(Nach ELKA News Service)*

### Tschechische Republik: Stanislav Pietak neuer Bischof der SKEAV

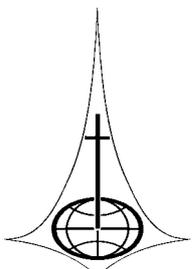
Anfang Januar wurde **Dr. Stanislav Pietak** als Bischof der Schlesischen Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses (SKEAV) in der Tschechischen Republik in sein Amt eingeführt. Die Synodalen der SKEAV hatten Pietak im November 2006 zum Nachfolger von Bischof Vladislav Volný gewählt, der entsprechend der Kirchenordnung nach zwei Amtsperioden nicht wieder zur Wahl stand.

Bischof Stanislav Pietak, Jahrgang 1946, studierte an der Evangelischen Theologischen Fakultät der Comenius-Universität in Bratislava (Slowakische Republik) sowie an der

Christlichen Theologischen Akademie in Warschau (Polen). 1999 wurde er von der Comenius-Universität promoviert.

Seit 1992 stand er an der Spitze des Lehrstuhls für Katechetik der Pädagogischen Fakultät der Universität Ostrau (Tschechische Republik), bis dieser zum Lehrstuhl für Gesellschaftswissenschaften umgewandelt wurde, den er bis heute innehat. Die letzten zwölf Jahre war Pietak auch Pfarrer der Pfarrgemeinde in Trinec und seit diesem Jahr ist er Administrator der Pfarrgemeinde in Nebory (beide Tschechische Republik).

Bischof Pietak ist verheiratet und Vater von vier Kindern.



## LWB-Delegation nimmt am siebenten Weltsozialforum in Nairobi teil

Nairobi (Kenia)/Genf, 23. Januar 2007 (LWI)

– Eine Delegation des Lutherischen Weltbundes (LWB) bestehend aus KirchenleiterInnen, ProgrammkoordinatorInnen und MitarbeiterInnen der LWB-Abteilung für Weltdienst (AWD) aus den AWD-Länderprogrammen in Afrika, Asien, Europa und Lateinamerika nimmt am siebenten Weltsozialforum (WSF) vom 20. bis 25. Januar in der kenianischen Hauptstadt Nairobi teil.

„Der beste Nutzen, den das WSF haben kann, ist der, ein Forum zu bieten, auf dem die Möglichkeit zum Austausch mit Menschen besteht, die unter ähnlichen Bedingungen arbeiten, und wo neue Kontakte mit Verantwortlichen ausserhalb unserer Familie geknüpft werden können – Menschen, die uns bei unserer Arbeit unterstützen können“, erklärte Peter N. Prove, Assistent des LWB-Generalsekretärs im Bereich Internationale Angelegenheiten und Menschenrechte, der 40 Mitglieder umfassenden LWB-Delegation auf einem Vorbereitungsstreffen am 20. Januar in Nairobi.

Prove betonte, dass der LWB kein gemeinsames Thema für die Delegation festlege, und rief die RepräsentantInnen der LWB-Mitgliedskirchen und AWD-Länderprogramme dazu auf, sich mit den für ihre Arbeit wichtigen Fragen zu befassen, um so viel wie möglich von „diesem riesigen [Marktplatz] für zivilgesellschaftliche Netzwerke“ zu profitieren. Kirchliche Gruppen präsentieren ihre Veranstaltungen in Nairobi in einem ökumenischen Pavillon.

Unter dem WSF-Motto „Eine andere Welt ist möglich“ nehmen die Mitglieder der LWB-Delegation an Diskussionen unter anderem zu den Themen Armut, HIV und AIDS, Umwelt, Menschenrechte, wirtschaftliche Globalisierung, Fragen der Regierungsführung, Schuldenerlass,



VertreterInnen verschiedener Organisationen, darunter auch des LWB, kommen zu einer ökumenischen Feier anlässlich der Eröffnung des siebenten Weltsozialforums am 20. Januar in Nairobi (Kenia) zusammen. © ÖRK/J. Michel

Rückführung von Flüchtlingen und Frauenrechte teil. Zu den vom LWB und seinen Partnern mit organisierten Veranstaltungen gehörte auch eine Diskussionsrunde über Menschenrechte, Universalität und Kultur. Einige Mitglieder der LWB-Delegation nahmen an einer Diskussion zu den Auswirkungen der Rückführung von Flüchtlingen unter dem Thema „Menschenrechte und Mobilität und Probleme der Staatsbürgerschaft“ mit.

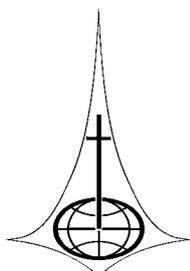
Einige Delegierte hoffen, dass das WSF eine Chance bietet, Strategien zu entscheidenden Problemen auf nationaler Ebene zu entwickeln. „Die Frage der sozialen Gerechtigkeit, die nationale Führungspersonlichkeiten dazu bringen will, nationale Ressourcen für Entwicklung und Bildung einzusetzen anstatt für Krieg, ist mir persönlich sehr wichtig, da ich aus einem von Krieg verwüsteten Land komme“, betonte Bischof Sumoward E. Harris von der Lutherischen Kirche in Liberia im Gespräch mit der Lutherischen Welt-Information (LWI) in Nairobi.

Kishore Kumar Nag, stellvertretender Direktor der Abteilung für soziales Engagement der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Indien (VELKI), betonte, die VELKI wolle ihre Netzwerke mit Gruppen ausbauen, die sich für die Landrechte von indigenen Völkern, und interreligiösen Dialog einsetzen und sich mit der Wasserkrise beschäftigen. „Viele multinationale Konzerne sind an diesem Geschäft [mit dem Wasser] beteiligt. Es wird zu einer begehrten Ware. Normale Menschen verlieren ihren Zugang zu Wasser“, sagte er.

Bischof Dr. Paul K. Fynn von der Evangelisch-Lutherischen Kirche Ghanas erklärte, er hoffe auf ein gutes



Teilnehmende einer Podiumsdiskussion zum Thema Diskriminierung aufgrund von Kastenzugehörigkeit (von li. nach re.): Prof. Penda Mbow (Senegal), Nimalka Fernando (Sri Lanka) und Peter Prove (LWB). © ÖRK/J. Michel



Forum, auf dem „wir über unsere Freude und über unsere Probleme wie HIV und AIDS sprechen können“.

Seit dem ersten WSF in Porto Alegre (Brasilien) im Jahr 2001 kommen zivilgesellschaftliche Bewegungen und AktivistInnen, die sich weltweit vorrangig im Bereich Anwaltschaft für wirtschaftliche Gerechtigkeit engagieren, jedes Jahr im Januar auf diesem Forum zusammen, das die Menschen in den Mittelpunkt stellt und eine Alternative zum Weltwirtschaftsforum in Davos (Schweiz) darstellen

will. Die Treffen 2001 bis 2003 und 2005 fanden in Porto Alegre statt, während das WSF 2004 in Mumbai (Indien) abgehalten wurde. 2006 waren mehrere Städte Veranstaltungsort: Caracas (Venezuela), Bamako (Mali) und Karatschi (Pakistan). Am diesjährigen Forum, das erstmals in Afrika stattfindet, nehmen über 50.000 Menschen teil. Nach Angaben der VeranstalterInnen haben sich bis zu 1.450 Organisationen für die Teilnahme registriert. Das Programm umfasst über 1.300 Veranstaltungen.

## WSF: Nobelpreisträgerin betont Rolle der Kirche bei Kampagne zum Schuldenerlass

*Nairobi (Kenia)/Genf, 2. Februar 2007 (LWI)*

– Auf dem siebenten Weltsozialforum (WSF) hat die Friedensnobelpreisträgerin von 2004, Professorin Wangari Maathai, KirchenleiterInnen dazu aufgerufen, ihre zahlenmäßige Stärke und ihre moralische Autorität dafür einzusetzen, die Industrieländer zu einem Erlass der Auslandsschulden armer Länder zu bewegen.

„Die [Kirchen] können das. Sie sind die geistlichen Führungskräfte der Menschen. Sie haben die moralische Autorität, Ungerechtigkeit anzuprangern, und sie haben sich in der Vergangenheit immer wieder für die Armen, Marginalisierten und Gedemütigten eingesetzt“, betonte Maathai in ihrer Ansprache bei einem der WSF-Seminare mit dem Titel „Der Dialog über illegitime Schulden“.

Maathai hob hervor, dass die Kirchen „manchmal nicht laut genug zu hören waren“. Die Podiumsdiskussion im ökumenischen Pavillon des WSF wurde gemeinsam vom norwegischen Hilfswerk Norwegian Church Aid (NCA) und AFRODAD, dem Afrikanischen Forum und Netzwerk zu Schulden und Entwicklung, organisiert. Moderiert wurde die Diskussionsrunde von Peter Prove, Assistent des Generalsekretärs des Lutherischen Weltbundes (LWB) im Bereich Internationale Angelegenheiten und Menschenrechte.

An die armen Länder gewandt regte die Friedensnobelpreisträgerin an, den Schuldenerlass einzufordern: „Wir können diese Schulden nicht akzeptieren, denn sie sind nicht nur illegitim, sondern bedeuten auch den Tod für unsere Bevölkerung“.

Der argentinische Pfarrer Ángel F. Furlan, eines der Podiumsmitglieder, berichtete, dass Kirchen in Lateinamerika an einem gemeinsamen Verständnis der Illegitimität der Auslandsschulden arbeiteten und einen Konsens darüber erreicht hätten, dass Auslandsschulden eine Last darstellten, die die Menschenrechte verletze. „Die Schulden sind für einen wahren Völkermord verantwortlich. Es gibt ebenfalls einen Konsens in Bezug auf ihre Analyse im Hinblick auf diktatorische Regime und Korruption“, betonte er.

Laut Furlan haben die Kirchen und Regierungen sehr eng zusammengearbeitet, um Fortschritte zu erzielen.

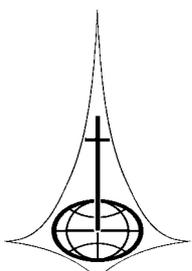


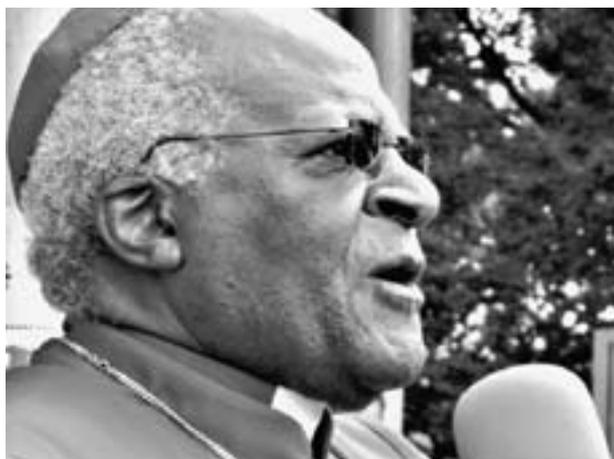
*Ökumenische Feier zur Eröffnung des siebenten WSF (von li. nach re.): Patriarch Abune Paulos von der Äthiopischen Orthodoxen Tewahedo-Kirche, der südafrikanische Friedensnobelpreisträger Erzbischof em. Desmond Tutu, der kenianische römisch-katholische Erzbischof Zacchaeus Okoth und die kenianische Friedensnobelpreisträgerin Professorin Wangari Maathai. © ÖRK/J. Michel*

Dies beinhaltet das Eröffnen „neuer Horizonte“ zwischen Kirchen und ihren Partnern in Lateinamerika sowie im Norden. Furlan, ehemaliger Präsident der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche (IELU) in Argentinien, leitet ein Anwaltschaftsprogramm des LWB zu illegitimen Auslandsschulden in der Region Lateinamerika. Das Programm wird von der LWB-Abteilung für Mission und Entwicklung (AME) unterstützt und vor Ort koordiniert. Es hat zum Ziel, sowohl in Entwicklungsländern als auch in Industrieländern das Bewusstsein für die Illegitimität von Auslandsschulden auf den verschiedenen kirchlichen Ebenen zu schärfen.

„Diese (unsere) Regierungen sind starkem Druck und Drohungen ausgesetzt und benötigen einen starken politischen Willen und gegenseitige Unterstützung“, betonte Furlan. „Auch wenn wir über illegitime Schulden reden, ist es wichtig, über gegenseitige Verantwortung zu sprechen“. Als Beispiel führte Furlan die fehlende Verantwortlichkeit im Fall von Argentinien in Bezug auf Betrug, Korruption und Verbrechen gegen die Menschlichkeit an.

Bei einer ökumenischen Feier zur Eröffnung des WSF am 20. Januar erklärte der Friedensnobelpreisträger von 1984 und ehemalige anglikanische Erzbischof von Kapstadt (Südafrika), Desmond Tutu: „Wenn wir





Der ehemalige anglikanische Erzbischof von Kapstadt (Südafrika), Desmond Tutu, während der ökumenischen Feier zur Eröffnung des WSF. © ÖRK/J. Michel

Sie dazu aufrufen, unbezahlbare Schulden zu erlassen, dann bitten wir Sie nicht um einen Gefallen, sondern dann geschieht dies ebenso in Ihrem Interesse“.

Während AktivistInnen im Rahmen des WSF in Nairobi sich weiterhin für einen Schuldenerlass einsetzten, stand im Mittelpunkt der meisten Diskussionen das Thema gegenseitige Verantwortung. Zahlreiche TeilnehmerInnen stellten die Frage, wie manche der Entwicklungsländer einen Schuldenerlass fordern könnten, während ihre Regierungen nichts gegen die Korruption unternähmen und die Gläubiger davon Kenntnis hätten.

„Wenn sie die Schulden erlassen, liegt es in ihrer Verantwortung, dafür zu sorgen, dass das Geld den Armen zugute kommt“, erklärte Bischof Martin Kivuva von der römisch-katholischen Diözese Machakos in Kenia.

Besorgnis wurde auch über den Effekt der anhaltenden anwaltschaftlichen Arbeit für den Schuldenerlass geäußert. „Trotz der Kampagnen und Bemühungen, das Bewusstsein für illegitime Schulden zu fördern, haben wir in der Realität recht wenig erreicht“, so Gunstein Instefjord, Direktor der NCA-Abteilung für Entwicklungspolitik.

## FEATURE: Angst vor der Rückkehr

Nairobi (Kenia)/Genf, 9. März 2007 (LWI) – Zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen der Regierung des Sudan und der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung/-armee im Südsudan schwindet die Hoffnung auf eine Rückführung der sudanesischen Flüchtlinge täglich mehr. Im Südsudan herrschen für die Rückkehr ungünstige Bedingungen und die Flüchtlingslager in den Nachbarländern bieten langfristig keine Lösung.

Die LiberianerInnen, die vor dem langjährigen Bürgerkrieg in ihrer Heimat geflohen sind, leben bis heute in Guinea, Sierra Leone, Nigeria und ein kleiner Teil von ihnen auch in Côte d'Ivoire, obwohl in ihrer Heimat mittlerweile Frieden herrscht. Bei Besuchen der Flüchtlinge in ihren Gastländern bemühen sich VertreterInnen der liberianischen Kirchen, sie zur Rückkehr zu bewegen, aber bisher ist nur eine kleine Anzahl der Aufforderung gefolgt.

Vor diesem Hintergrund wurde die Frage, warum Flüchtlinge auch nach dem Ende von Bürgerkriegen und Konflikten nicht in ihre Heimat zurückkehren, zu einem zentralen Thema beim siebenten Weltsozialforum (WSF).

„Allgemein herrscht Angst vor dem Ungewissen, aber wir drängen darauf, dass sie ‚gehen und sehen, zurückkommen und berichten‘“, erklärte Mark Lever, Direktor des Tanganyika Christian Refugee Service (Christlicher Flüchtlingsdienst von Tanganjika – TCRS), eines mit der Abteilung für Weltendienst (AWD) des Lutherischen Weltbundes (LWB) assoziierten Programms, bei einem Seminar des WSF, das sich mit den „Problemen bei der Rückkehr aus der Perspektive der Menschenrechte“ einschliesslich der Problematik des Schutzes der Frauenrechte befasste.

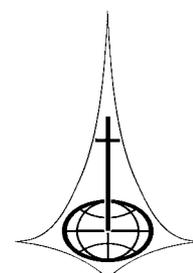


Charles Otieno ist zuständig für den Bereich Dienste für das Gemeinwesen im Flüchtlingslager Kakuma im Norden Kenias, das unter Verwaltung des LWB/AWD-Länderprogramms in Kenia steht. Im Lager leben über 94.000 Flüchtlinge, die meisten kommen aus dem Sudan, aus Somalia und Äthiopien. © A. Kekäläinen

Das Seminar war gemeinsam vom LWB, der Gruppe „Rechte und Entwicklung“ von Aprodev, der Schwedische Kirche und Christian Aid organisiert worden.

### Wirtschaftswachstum ist unmöglich

James Manyiel, ein sudanesischer Flüchtling im unter LWB-Verwaltung stehenden Flüchtlingslager Kakuma in Nordkenia, betonte, es sei schwierig, in die Heimat zurückzukehren, wenn sich in manchen Gebieten des Landes die Konflikte fortsetzten. „Kehren die Flüchtlinge zurück, sind sie der Bedrohung durch verschiedene Milizen ausgesetzt. Diese [bewaffneten Gruppen] vergewaltigen und verschleppen Frauen. In manchen Fällen zwingen sie die Frauen und Mädchen



zur Heirat, um die Ermordung von Verwandten zu rächen“, berichtete Manyiel den Teilnehmenden am Workshop zum Thema „Menschenrechte, Mobilität und mangelndes bürgerschaftliches Engagement“, den der LWB und das Mazingira-Institut, eine kenianische Nichtregierungsorganisation, gemeinsam veranstalteten.

Charles Otieno, im Auftrag des LWB/AWD-Länderprogramms in Kenia/Sudan zuständig für den Bereich Dienste für das Gemeinwesen im Lager Kakuma, wies darauf hin, dass die forcierte Rückführung sich negativ auf das Leben der Flüchtlinge auswirke: „Sie ist als schrittweiser Prozess gedacht, aber das ist in der Realität nicht so.“ Otieno betonte, die Menschenrechte der Flüchtlinge stünden täglich zur Disposition. „Sie haben kaum Freiheit. Sie sind mit Unsicherheit konfrontiert. Und doch brauchen sie Wachstum in allen Lebensbereichen, aber das ist unter den Bedingungen des Lagerlebens schwierig. Auch Wirtschaftswachstum ist unmöglich.“

Im Fall Liberia finde eine allmähliche Rückwanderung statt, aber es blieben Probleme, wie etwa die hohen Kosten, die die Rückführung der Menschen in ihre Heimat verursache, so Bischof Sumoward E. Harris von der Lutherischen Kirche in Liberia. „Wir sind in die [angrenzenden] Länder gereist und haben die Flüchtlinge ermutigt, nach Hause zu kommen. Eines der Probleme, vor denen wir [stehen], ist die Frage, wie sich eine Rückführung gestalten kann“. Wenn ein Mensch zehn Jahre lang im Ausland gelebt habe, werde er nicht bereit sein zurückzukehren, ohne seine ganze Habe mitzunehmen, da zu Hause alles in Trümmern liege, stellte Harris fest.

Der liberianische lutherische Kirchenleiter legte weiterhin dar, weiblichen Flüchtlingen, deren Ehemänner bei Angriffen von Milizen ums Leben gekommen seien, falle es besonders schwer, zurückzukehren. „Viele sind allein erziehend, das Land ist zerstört. Es gibt kaum Unternehmen, obwohl [allmählich] einige entstehen.“

*(Ein Beitrag von LWI-Korrespondent Fredrick Nzwilli, Nairobi.)*

## Palästinensische lutherische Kirche trauert um ihren ersten Bischof

**Bischof i. R. Daoud Haddad**, erster Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien (ELKJ), ist laut einer Stellungnahme seiner Kirche am 19. März nach einem Schlaganfall verstorben.

Haddad wurde 1914 im Libanon geboren, studierte in der Schweiz und in Deutschland Theologie und wurde 1940 in Jerusalem ordiniert. 1979 wurde er zum ersten Bischof der ELKJ, der heutigen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELKJHL), geweiht. Sein Amt hatte er bis 1986 inne. Haddads Nachfolge trat der verstorbene Bischof Naim Nasser an.

In der Stellungnahme der ELKJHL heisst es, Haddads Leben sei von schwierigen und turbulenten Momenten geprägt gewesen. Zwei Tage nach seiner Ordination an der lutherischen Erlöserkirche in Jerusalem durch Propst Johannes Döring und Direktor Hermann Schneller seien die beiden Deutschen deportiert worden, da in Europa der Krieg begonnen hatte. Als 1948 der palästinensisch-jüdische Konflikt begann, befand er

sich in Nazareth, von wo er 15 Jungen aus der Schneller-Schule in den Libanon brachte, da Befürchtungen bestanden, sie seien in der Schule nicht mehr sicher. Nach seiner Rückkehr nach Jerusalem engagierte sich Haddad für die palästinensischen Flüchtlinge, die sich in einer extremen Notlage befanden.

ELKJ hatte damals Gemeinden im Westjordanland, in Jerusalem, Bethlehem, Beit Jalla und Beit Sahur. 1954 wurde in Ramallah eine Gemeinde für die zahlreichen Flüchtlinge aus Jaffa, Ramle und Lod gegründet. König Abdullah von Jordanien erkannte die ELKJ 1959 offiziell an. Auf dieser Grundlage wurde 1977 in Amman eine sechste Gemeinde gegründet. Nach seiner Wahl und Weihe setzte Haddad Schwerpunkte seiner Arbeit bei der wachsenden Spiritualität und Entwicklung der Kirche sowie ihren ökumenischen und interreligiösen Beziehungen.

Bischof i. R. Daoud Haddad hinterlässt seine Gattin sowie fünf erwachsene Kinder.

Die ELKJHL hat 3.000 Mitglieder und gehört seit 1974 dem LWB an.

## Wettbewerb für neuen Liedtext zum Jubiläum der vollen Kirchengemeinschaft in Kanada

Anlässlich des sechsten Jahrestages der vollen Kirchengemeinschaft zwischen der Anglikanischen Kirche von Kanada (AKK) und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Kanada (ELKIK) hat die Gemeinsame anglikanisch-lutherische Kommission einen Wettbewerb für einen „neuen Liedtext auf eine bekannte Melodie“ angekündigt. Der Gewinnerbeitrag soll auf der gemeinsamen Versammlung der Vollversammlung der ELKIK und der Generalsynode der AKK in Winnipeg (Manitoba/Kanada) am 21. Juni 2007 präsentiert werden.

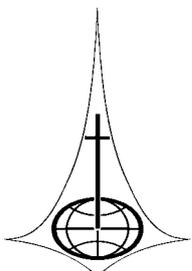
Die Erklärung von Waterloo, das Abkommen über die volle Kirchengemeinschaft zwischen AKK und ELKIK, wurde im Juli 2001 von den Leitungsgremien beider Kirchen in Waterloo (Ontario/Kanada) offiziell angenommen. Die volle Kirchengemeinschaft bedeutet keine Fusion beider Kirchen, sondern eine enge Zusammenarbeit. Ressourcen sollen gemeinsam genutzt werden, wobei beide Kirchen ihre jeweilige Identität wahren.

Die ELKIK ist die grösste lutherische Kirche in Kanada mit über 174.500 Mitgliedern in fünf Synoden und 624 Gemeinden. Sie wird von Nationalbischof Raymond Schultz geleitet.

Die AKK umfasst nahezu 642.000 Mitglieder in 30 Diözesen und etwa 1.790 Gemeinden, ihr steht Erzbischof Andrew Hutchinson vor.

Weitere Informationen über den Wettbewerb für einen neuen Liedtext finden Sie unter: [www.elcic.ca/docs/Hymn-TextCompetition-Web.pdf](http://www.elcic.ca/docs/Hymn-TextCompetition-Web.pdf)

*(Nach ELCIC News)*



# Bischof Kameeta: Namibische Zivilgesellschaft ist entschlossen zur Armutsbekämpfung

Lutherischer Bischof hält Ansprache vor UN-Kommission für soziale Entwicklung

New York (USA)/Genf, 9. März 2007 (LWI) – Der lutherische Bischof Dr. Zephania Kameeta aus Namibia hat betont, dass zivilgesellschaftliche Organisationen seines Landes auch weiterhin entschlossen seien, sich für die Armutsbekämpfung in Namibia einzusetzen. Sie liessen sich dabei auch nicht von dem Vorwurf beirren, der Vorschlag zur Einführung einer Grundsicherung für alle Menschen stelle lediglich eine Ermunterung zur Faulheit dar, so Kameeta am 9. Februar während der 45. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung in New York (USA).

In seiner Antwort auf Fragen im Anschluss an seine Rede auf einer Podiumsveranstaltung erklärte Kameeta, die Einführung einer Grundsicherung beinhalte Chancen für berufliche Qualifizierung und die Schaffung von Arbeitsplätzen und biete den Armen die Möglichkeit, aus dem skandalösen Kreislauf der Armut auszubrechen. Er und seine MitstreiterInnen in der Kampagne liessen sich nicht von Skepsis gegenüber diesen Plänen entmutigen und würden sich auch weiterhin mit vorsichtigem Optimismus für das Wohl der Armen einsetzen, betonte der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in der Republik Namibia (ELKRN) und Vizepräsident des Lutherischen Weltbundes (LWB) für die Region Afrika.

Die Tagung der Kommission fand vom 7. bis 16. Februar unter dem Thema „Förderung der Vollbeschäftigung und menschenwürdigen Arbeit für alle“ in New York statt. Die Kommission prüfte Pläne und Aktionsprogramme für soziale Gruppen, einschliesslich älterer Menschen, Jugendlicher und Menschen mit Behinderungen. Kameeta beschäftigte sich in seiner Ansprache mit dem Thema „Beschäftigungsförderung und menschenwürdige Arbeit für alle – auf dem Weg zu einem Vorzeigemodell in Namibia“.

„Menschenwürdige Arbeit“ – ein Konzept, das von der Internationalen Arbeitsorganisation geprägt wurde, – bedeutet produktive Arbeit, die gerecht entlohnt wird, Familien sozial absichert, in Sicherheit und Freiheit geleistet und von Männern und Frauen gleichberechtigt ausgeübt wird.

## Auf dem Weg zu einem Vorzeigemodell

Eine staatliche Steuerkommission in Namibia schlug als erste eine Grundsicherung für alle BürgerInnen vor. Zivilgesellschaftliche Organisationen, einschliesslich des Kirchenrates von Namibia, der Gewerkschaften, von Jugend- und Frauenorganisationen und anderen Nichtregierungsorganisationen, setzen sich gegenwärtig aktiv für eine solche Grundsicherung aller NamibianerInnen ein.



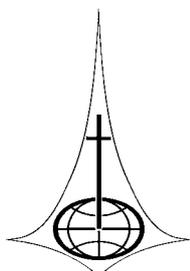
Teilnehmende einer Podiumsveranstaltung zur Einführung einer Grundsicherung für alle NamibierInnen im April 2005 (von re. nach li.): ELKRN-Bischof Zephania Kameeta; Pfarrerin Angula Kathindi, damalige Generalsekretärin des Kirchenrates in Namibia; Peter Naholo, damaliger Generalsekretär der Nationalen Gewerkschaft namibischer ArbeiterInnen, Sandi Tjaronda, damaliger Vorstandsvorsitzender des nationalen NGO-Forums; sowie Aluina Awases vom namibischen Netzwerk von Organisationen, die im Bereich HIV und AIDS aktiv sind. © C. Haarman

„Uns in Namibia interessiert die Geschichte vom Tellerwäscher, der Millionär wurde, nicht – für mich ist das kein Vorzeigemodell“, erklärte Kameeta in seiner Ansprache. „Zu meiner Vorstellung von Vorzeigemodell gehören zwei kleine, aber entscheidende Wörter dazu – ‚FÜR ALLE‘. Das impliziert die Forderung nach einem Reich Gottes auf Erden oder, politisch ausgedrückt, nach einer Kehrtwende ... die aber konkret und greifbar sein muss“, stellte er fest.

Der ELKRN-Bischof beschrieb das tägliche Leben arbeitsloser Menschen in Namibia, die häufig viel Zeit damit verbrachten, Feuerholz und Wasser zu holen und sich um andere Familienmitglieder zu kümmern. Die in diese Aufgaben investierte Zeit und Mühe verringere die Chancen der Armen, sich beruflich zu qualifizieren und bessere Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu entwickeln, betonte Kameeta.

„Menschen, die unter Brücken leben und ihr tägliches Brot im Abfall anderer suchen, tun dies nicht freiwillig, sondern werden durch ungerechte wirtschaftliche Kräfte und Systeme, kombiniert mit Habgier, dazu gezwungen“, erklärte er.

Menschenwürdige Beschäftigung, so der lutherische Bischof, „ist eine Frage des Überlebens für die Menschen“ in einem Land, das „den traurigen Rekord hält, das Land mit dem grössten wirtschaftlichen Gefälle in der ganzen Welt zu sein“. Trotz Namibias Einstufung als Land mit niedrigem mittlerem Einkommen leben circa zwei Drittel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Arbeit zu haben, ist „eine Frage ‚von Sein oder Nichtsein‘, da es



kaum irgendwelche Sicherheitsnetze und so gut wie keine Möglichkeiten gibt, ausserhalb des formellen Sektors ein menschenwürdiges Einkommen zu erwirtschaften“, betonte Kameeta in der UN-Podiumsdiskussion.

Laut dem Bericht über menschliche Entwicklung 2005 des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen leben 34,9 Prozent der rund zwei Millionen NamibierInnen von einem US-Dollar pro Tag, 55,8 Prozent von zwei US-Dollar.

Der ELKRN-Bischof hat in der Kampagne für die Einführung einer Grundsicherung eine leitende Rolle übernommen. Im Oktober 2006 wurde er von Namibias NGO-Forum zu einem der BotschafterInnen seines Landes ernannt, die die nationale Kampagne zur Armutsbekämpfung im Rahmen der Weltweiten Aktion gegen Armut (CGAP) leiten.

## Menschenwürde und Förderung der Selbstbestimmung

Nach Angaben des namibischen Arbeitsministeriums stieg die Arbeitslosigkeit im Land in der Vergangenheit kontinuierlich an und erreichte 2004 36,7 Prozent. Mit einer Arbeitslosigkeit von über 57 Prozent bei Jugendlichen im Alter von 20 bis 24 Jahren sind insbesondere junge Menschen mit grossen Schwierigkeiten bei der Suche nach menschenwürdiger Arbeit konfrontiert.

Mit der Einführung einer Grundsicherung würden allen namibischen BürgerInnen mindestens 100 Namibische Dollar (knapp 14 US-Dollar) pro Monat zustehen. Es ist geplant, die allgemeine Grundsicherung durch direkte oder indirekte Steuern zu finanzieren, die den Reichen auferlegt werden sollen.

Für Kameeta ist das Projekt mehr als ein „Einkommensförderungsprogramm“. Es gebe den Menschen „Sicherheit und stärkt damit ihre Menschenwürde und Selbstbestimmung. Es verfügt über das Poten-



Von der ELKRN organisierte Bibelarbeit zum Thema Grundsicherung für alle NamibierInnen in Keetmanshoop im Süden Namibias. © D. Haarman

zial, das wichtigste Programm zur Armutslinderung in Namibia zu werden und gleichzeitig einen Beitrag zu Familienförderung, Wirtschaftswachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen zu leisten“, erklärte er.

Der GCAP-Botschafter und seine MitstreiterInnen in der Kampagne planen gegenwärtig, ein entsprechendes Pilotprogramm in Namibia zu lancieren, um die positiven Aspekte der Grundsicherung aufzuzeigen und die praktische Durchführbarkeit des Projekts unter Beweis zu stellen.

Die Jahrestagung der UN-Kommission für soziale Entwicklung überprüft die Umsetzung der Forderungen des Weltgipfels für soziale Entwicklung, der 1995 in Kopenhagen (Dänemark) stattfand. LWB-Delegationen nahmen an dem Gipfel sowie an der fünf Jahre später abgehaltenen Überprüfungskonferenz in Genf teil. Der LWB verfolgt auch weiterhin die Umsetzung der Kopenhagener Erklärung und des Aktionsprogramms zur sozialen Entwicklung.

*(Ein Beitrag von Emily Freeburg vom Lutherischen Büro für Weltgemeinschaft in New York.)*

## Ökumenischer Kurs vermittelt nordamerikanischen SeminaristInnen neue Perspektiven

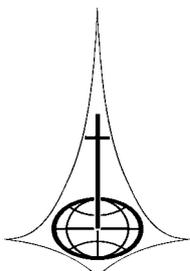
### LWB/ATS-Direktorin hofft auf Teilnahme von Studierenden aus dem globalen Süden

Genf, 11. März 2007 (LWI) – „Es gehört auch zur Ökumene, zu lernen, mit Schrammen und blauen Flecken klarzukommen. Wir haben Veränderung erfahren, aber die Auswirkungen davon bedeuten einen langen Prozess“, betonte Adam Dichsen von der Lutheran School of Theology in Chicago (Illinois/USA) in einer Gruppendiskussion im Anschluss an eine zweiwöchige Studienreise zu kirchlichen Organisationen, die im Ökumenischen Zentrum in Genf ansässig sind, darunter auch der Lutherische Weltbund (LWB).

Dichsen gehörte zu einer Gruppe von über 20 Studierenden aus theologischen Seminaren der Evan-

gelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELKA), die vom 7. bis 19. Januar am dritten Kurs zum Thema „Die ökumenische Kirche in einer globalisierten Welt“ teilnahm. Ziel des jährlich stattfindenden Kurses ist es, ein tieferes Verständnis dafür zu entwickeln, Teil einer weltweiten Gemeinschaft von Kirchen in einem ökumenischen und globalen Kontext zu sein, und die Auswirkungen auf den Dienst der Kirche insbesondere im nordamerikanischen Kontext zu analysieren. Die Teilnehmenden waren zwischen 20 und 70 Jahren alt.

Ein Schwerpunkt des Seminars lag auf Diskussionsforen mit Mitarbeitenden des LWB, des Ökumenischen



Rates der Kirchen (ÖRK), dem Reformierten Weltbund (RWB) und der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) sowie anderen Organisationen. Die Präsentationen und Diskussionen behandelten hauptsächlich aktuelle Aspekte des ökumenischen Dialogs und die Zukunft der ökumenischen Bewegung, soziale, wirtschaftliche sowie politische Fragen wie die Globalisierung und interreligiöse und interkulturelle Herausforderungen.

Die Studierenden schätzten nicht nur die angesprochenen Themen, sondern auch die Erfahrung, Menschen zuzuhören, deren Lebenswelt und Erfahrung sich völlig von der ihren unterschied. Pfr. Dr. Martin Robra, ÖRK-Programmreferent für Ethik und Ökologie des Teams Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung, be-



Nordamerikanische Studierende beim dritten jährlich stattfindenden Kurs zum Thema „Die ökumenische Kirche in einer globalisierten Welt“ im Ökumenischen Zentrum in Genf. © LWB/K. Bloomquist

tonte in einer der Sitzungen: „Die Ökumene ist die eine Geschichte Gottes, aber mit individuellen Geschichten, die miteinander verknüpft werden müssen“.

Patricia Payne vom Lutheran Theological Seminary in Gettysburg (Pennsylvania/USA), die mehrere Jahre in der Regierung ihres Bundesstaates mitgearbeitet hat, äusserte zunehmende Besorgnis „über die Auswirkungen der neo-liberalen Globalisierung und der Schwierigkeit, multinationale Konzerne in die Verantwortung zu nehmen“.

Die Teilnehmenden des Seminars aus den verschiedenen Ausbildungsstätten der ELKA verbrachten ebenfalls einen Tag mit Studierenden aus verschiedenen Kirchen und Kulturen, die am Ökumenischen Institut in Bossey eingeschrieben sind, und besuchten den Europäischen Sitz der Vereinten Nationen in Genf.

Die Koordinatorin des Programms und Direktorin der LWB-Abteilung für Theologie und Studien (ATS), Pfarrerin Dr. Karen Bloomquist, betonte die Bedeutung des Lernprozesses für SeminaristInnen nicht nur in Nordamerika, sondern in der gesamten lutherischen Gemeinschaft. Sie bezog sich auf einen Bericht von Susan Williamson, die 2005 an dem Programm teilgenommen hatte: „Ich schätze die Erfahrungen, die ich in Genf gemacht habe ... wenn ich im Februar ordiniert werde, werde ich die Kollekte dem LWB widmen. Solange ich dort Dienst tue, wird das ländliche Amerika mehr über den LWB erfahren.“

Die ATS-Direktorin hofft, dass im kommenden Jahr ausreichend finanzielle Mittel bereitstehen, damit auch Studierende aus dem globalen Süden an dem Programm teilnehmen können.

## Diakonie ist fester Bestandteil des Auftrags der Kirche in der Welt

### Workshop mittelamerikanischer LWB-Mitgliedskirchen zum Thema Diakonie

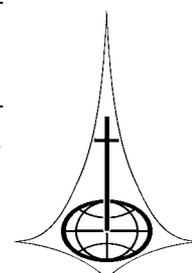
*San Pedro Sula (Honduras)/Genf, 10. April 2007 (LWI)* – Als ein wertvolles Zeichen für die lutherischen Kirchen hat Pfr. Ilo Utech von der Nicaraguanischen Lutherischen Kirche „Glaube und Hoffnung“ (ILFE) eine Workshopreihe zum Thema Diakonie bewertet, die von der Abteilung für Mission und Entwicklung (AME) des Lutherischen Weltbundes (LWB) in Zusammenarbeit mit Regional- und Länderprogrammen der LWB-Abteilung für Weltdienst (AWD) veranstaltet wird. Ein erster Workshop fand vom 29. Januar bis 3. Februar dieses Jahres in San Pedro Sula (Honduras) statt und wurde vom AWD-Regionalprogramm in Mittelamerika sowie der AME organisiert. Laut Pfr. Martin Junge, AME-Lateinamerikareferent, stellte diese Konsultation einen wichtigen Höhepunkt der bislang bereits engen Zusammenarbeit zwischen AWD und AME in Mittelamerika dar.

Der Verlauf des Workshops in Honduras habe die deutliche Übereinstimmung zwischen den Programmen und Projekten der beiden LWB-Abteilungen in Mittelamerika bestätigt, so Junge. Während sich die AWD in

Form eines eigenen Regionalprogramms zur Aufgabe gemacht habe, die Diakonie der Kirchen auszubauen, arbeite die AME an der Formulierung eines Diakonieverständnisses, das im Anschluss an eine Reihe regionaler Workshops und Konsultationen in Form eines Impulspapiers den LWB-Mitgliedskirchen zur Verfügung gestellt werden soll. Hierbei orientiert sich die AME an dem Prozess, der 2004 zur Verabschiedung des LWB-Missionsdokuments „Mission im Kontext: Verwandlung, Versöhnung, Bevollmächtigung – Ein Beitrag des LWB zu Verständnis und Praxis der Mission“ geführt hat.

Die Ergebnisse des Workshops in Honduras werden auch Gegenstand der Beratungen der Lateinamerikanischen KirchenleiterInnenkonferenz sein, die vom 16. bis 21. April in Santiago de Chile (Chile) tagt. Dort soll über weitere Schritte der lateinamerikanischen LWB-Mitgliedskirchen im Blick auf das Thema Diakonie beraten und entschieden werden.

Für Utech, der die lateinamerikanischen LWB-Mitgliedskirchen auch im LWB-Projektausschuss vertritt,





Diakonie und Bewusstsein für HIV und AIDS: Lebensgeschichten hören und in Dialog treten. © ICLH

registrierten die lateinamerikanischen Mitgliedskirchen dankbar und interessiert, dass durch die Schwerpunktsetzung der Workshopreihe „Kirche und Dienst im LWB enger zusammenrücken, womit unserem grundlegendem Verständnis, dass beides in enger Beziehung zueinander steht, besser entsprochen wird“.

„Wir sind verhältnismässig junge Kirchen – dies stellt ein grosses Potenzial für Erneuerung und Fortentwicklung der Diakonie dar. Ich habe auf dieser Konsultation deutlich wahrgenommen, woran wir noch arbeiten müssen, um bessere Zeugen der Liebe Gottes zu sein. Ich fühle mich ermutigt, diese Schritte in der lutherischen Gemeinschaft zu tun“, so das Fazit einer Teilnehmerin des Workshops in Honduras, an dem VertreterInnen der vier LWB-Mitgliedskirchen in Mittelamerika sowie eine Abordnung der lutherischen Kirche in Guatemala (ILUGUA) und BeobachterInnen aus Mitgliedskirchen in Südamerika teilnahmen.

Im Rahmen der Konsultation stellte jede der mittelamerikanischen Kirchen jeweils zwei diakonische Projekte vor, die in Gruppenarbeit auf ihre Gemeinsamkeiten, auf deren Ausrichtung und insbesondere auf ihr diakonisches Profil sowie Selbstverständnis hin analysiert wurden.

Für LWB-Lateinamerikareferent Junge bestätigten sich während der Konsultation langjährige Beobachtungen, wobei sich aber auch gleichzeitig neue Perspektiven für die Diakonie der Kirchen in Mittelamerika eröffneten. „Die Kirchen sind weiterhin der Überzeugung, dass die Diakonie ein fester Bestandteil des Auftrags der Kirche in der Welt ist, und dass Diakonie und Verkündigung eng zusammenhängen und in wechselseitiger Beziehung zueinander stehen“, so Junge. Weiterhin gingen die Kirchen davon aus, dass eine respektvolle Begleitung der notleidenden Bevölkerung und deren Initiativen zur Überwindung von Not und Unterdrückung die angemessensten Formen seien, um in Anknüpfung an die Praxis Jesu den Menschen heute zu begegnen. „Schliesslich streben alle Kirchen danach, prophetisches Zeugnis ihrer in Jesu Handeln begründete Hoffnung abzulegen“, betonte Junge.

In intensiver Gruppenarbeit analysierten die VertreterInnen der lateinamerikanischen Kirchen während des Workshops zunächst das Profil ihrer diakonischen Arbeit. In einem zweiten Schritt befassten sie sich mit der Frage nach den methodologischen Ansätzen, um das Diakonieverständnis zu konkretisieren. Auch die Frage nach der notwendigen Befähigung der Mitarbeitenden der Diakonie in Kirche und Gemeinden wurde dabei intensiv erörtert.

„Die Kirchen waren sich einig, dass der demokratische Ansatz sowie die erwünschte Partizipation auf Basisebene vertieft und methodologisch gesichert werden müssen“, so Lateinamerikareferent Junge. „Ebenso deutlich wurde die Notwendigkeit, die Mitarbeitenden der Diakonie besser für einen qualifizierten Dienst zu befähigen und die Diakonie damit auch nachhaltiger zu gestalten. Die notwendige Fortbildung wurde dabei als interdisziplinär verstanden: von den theologischen Grundlagen, bis zu Techniken und Methoden der Anwaltschaftsarbeit.“

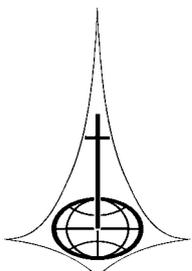
Für Dr. Alois Möller, LWB/AWD-Vertreter in Mittelamerika und Leiter des Regionalprogramms, beinhaltete der Workshop neue Impulse für eine weitere Vertiefung und Fokussierung des AWD-Regionalprogramms zur Stärkung der Diakonie. „Durch diese Konsultation, in der die Kirchen ihre Anliegen und Perspektiven artikulieren konnten, wird das Programm künftig an Effektivität gewinnen“, betonte er.

AME-Direktor Pfr. Dr. Kjell Nordstokke zeigte sich beeindruckt von der „tiefen Verwurzelung der Diakonie der mittelamerikanischen Kirchen in Spiritualität, Glaube und Gottesdienst“. Weiterhin hob er die Fähigkeit der Kirchen hervor, ihren sozialen und politischen Kontext kritisch zu analysieren. „Diese Eigenschaften stellen eine grosse Gabe dar, die die mittelamerikanischen Kirchen innerhalb der lutherischen Gemeinschaft und im ökumenischen Kontext weitergeben können“, so Nordstokke.

Der vorerst zweite Workshop zum Thema Diakonie ist für Anfang September dieses Jahres in Hongkong (China) geplant.



Diakonische Arbeit: Persönliche Gespräche zur Bewusstseinsbildung im Blick auf HIV und AIDS. © ICLH



# LWB-Generalsekretär ruft Konfliktparteien zur Lösung der Krise im Nahen Osten auf

## Noko begrüsst Einigung auf palästinensische Einheitsregierung

Genf, 14. Februar 2007 (LWI) – Der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB), Pfr. Dr. Ishmael Noko, hat die Einigung auf eine palästinensische Einheitsregierung begrüsst. Im Blick auf das Zustandekommen der Einigung der rivalisierenden palästinensischen Gruppierungen Hamas und Fatah vom 8. Februar brachte Noko seine Hoffnung zum Ausdruck, dass somit eine sichere Grundlage für die Wiederaufnahme des Dialogs und der Verhandlungen mit dem Staat Israel über einen dauerhaften Frieden mit Gerechtigkeit geschaffen werden könne. „Wir beten dafür, dass diese Einigung der Gewalt und dem Blutvergiessen zwischen den Parteien ... ein Ende bereiten wird“, so der LWB-Generalsekretär in einer Erklärung am Mittwoch, 14. Februar.

Die Einigung wurde am Donnerstag, 8. Februar, vom Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas (Fatah), sowie dem politischen Führer der Hamas, Chaled Meschaal, in Mekka (Saudi-Arabien) unterzeichnet. Die Vereinbarung zielt auf ein Ende der Gewalt in der Auseinandersetzung beider rivalisierender Gruppierungen ab sowie auf ein Ende des Finanzboykotts der internationalen Gemeinschaft.

Noko würdigte Ausdauer und Flexibilität, die zu diesem wichtigen Kompromiss geführt hätten und rief dazu

### Erklärung des Generalsekretärs des Lutherischen Weltbundes über die Einigung auf eine palästinensische Einheitsregierung

Ich begrüsse sehr das Zustandekommen der Einigung auf eine palästinensische Einheitsregierung am Donnerstag, 8. Februar 2007, in Mekka. Wir beten dafür, dass diese Einigung der Gewalt und dem Blutvergiessen zwischen den Parteien, angesichts derer die unerträgliche Lage in den besetzten palästinensischen Gebieten noch auswegloser erschien, ein Ende bereiten wird. Damit wird auch – oder sollte – eine sichere Grundlage für die Wiederaufnahme des Dialogs und der Verhandlungen mit dem Staat Israel über einen dauerhaften Frieden mit Gerechtigkeit geschaffen werden.

Ich möchte besonders die saudi-arabischen Behörden für ihre vermittelnde Rolle bei dem Zustandekommen der Einigung würdigen und sie ermutigen, ihren Einsatz bei den Bemühungen um den Frieden im Nahen Osten fortzusetzen.

Den Vertragsparteien gebührt Lob für ihre Ausdauer und Flexibilität, die sie beim Erreichen dieses so wichtigen Kompromisses an den Tag gelegt haben. Die ganze Welt hat gehört, welche gegenseitigen Verpflichtungen die Parteien eingegangen sind und sieht der vollständigen Umsetzung im Geiste des Abkommens entgegen. Die in der Region lebenden Religionsgemeinschaften werden eine wesentliche Rolle dabei zu spielen haben,

auf, dass sich die palästinensische Einheitsregierung sowohl praktisch als auch theoretisch für die Verwirklichung einer Zwei-Staaten-Lösung für die seit langem existierende Krise im Nahen Osten engagieren müsse. Ihre höchste und dringendste Priorität müsse die „Wiederaufnahme von echten Verhandlungen mit dem Staat Israel im Hinblick auf eine solche Lösung sein“, so der LWB-Generalsekretär. Es könne keinen Frieden in der Welt geben, solange nicht Frieden in dem Land zustande gekommen sei, das die drei grossen monotheistischen Religionen „heilig“ nennen.

Den in der Region lebenden Religionsgemeinschaften komme eine wesentliche Rolle dabei zu, dass die Einigung mit der starken Unterstützung und Förderung aller Religionen in die Praxis umgesetzt werde, betonte Noko.

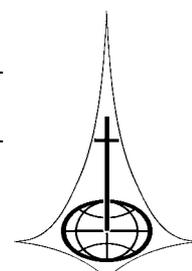
Die internationale Staatengemeinschaft trage die dringende Verantwortung, die erreichte Einigung zu unterstützen, erklärte der LWB-Generalsekretär. Im Interesse aller Menschen müsse es sich die gesamte internationale Staatengemeinschaft zu ihrer Aufgabe machen, „die Hoffnung im Heiligen Land zu nähren und lebendig zu halten“.

*Im Folgenden finden Sie den vollen Wortlaut der Erklärung des LWB-Generalsekretärs:*

dass die Einigung mit der starken Unterstützung und Förderung aller Religionen in die Praxis umgesetzt wird.

Die unter den Bedingungen des Abkommens eingesetzte palästinensische Einheitsregierung muss sich sowohl praktisch als auch theoretisch für die Verwirklichung einer Zwei-Staaten-Lösung für die seit langem existierende Krise im Nahen Osten engagieren. Ihre höchste und dringendste Priorität muss die Wiederaufnahme von echten Verhandlungen mit dem Staat Israel im Hinblick auf eine solche Lösung sein. Es kann keinen Frieden in der Welt geben, solange nicht Frieden in dem Land zustande gekommen ist, das die drei grossen monotheistischen Religionen „heilig“ nennen.

Jetzt trägt die internationale Staatengemeinschaft die dringende Verantwortung, die erreichte Einigung zu unterstützen. Auch wenn die geforderten „Benchmarks“ vielleicht nicht zur Zufriedenheit aller erfüllt wurden, so muss doch zugestanden werden, dass es ohne diese Einigung noch mehr Chaos, weiteres Blutvergiessen und noch weniger Hoffnung auf die Zukunft gebe. Von daher sollte jetzt überlegt werden, ob die der palästinensischen Verwaltungsbehörde auferlegten Wirtschaftsblockaden weiterhin gerechtfertigt sind. Ich möchte auch die Nachbarstaaten in der Region dazu aufrufen, einen kon-



struktiven Beitrag dazu zu leisten, dass eine gesündere Atmosphäre für einen erneuten Dialog zwischen PalästinenserInnen und Israelis geschaffen wird.

Im Interesse aller Menschen in Palästina und Israel und überall auf der Welt muss es sich die gesamte internationale Staatengemeinschaft zu ihrer Aufgabe

machen, die Hoffnung im Heiligen Land zu nähren und lebendig zu halten.

Pfr. Dr. Ishmael Noko  
Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes  
Genf, 14. Februar 2007

## Lutherischer Weltbund kehrt zur Feier seines 60-jährigen Jubiläums nach Lund zurück

Mehr als 100 lutherische KirchenleiterInnen nehmen an LWB-Ratstagung teil

Genf, 17. März 2007 (LWI) – Für die Feierlichkeiten aus Anlass seines 60-jährigen Bestehens kehrt der Lutherische Weltbund (LWB) nach Lund zurück, der schwedischen Stadt, in der er 1947 gegründet wurde. Das Thema der Ratstagung, die vom 20. bis 27. März stattfindet und eine KirchenleiterInnenkonsultation einschliesst, lautet „Gemeinschaft leben in der Welt von heute“. Zu der diesjährigen Tagung und den Jubiläumsfeierlichkeiten werden insgesamt mehr als 450 Teilnehmende, unter ihnen mehr als 100 lutherische KirchenleiterInnen, erwartet.

Die Konsultation des Rates und der KirchenleiterInnen aus aller Welt wird am 21. März beginnen. Am 24. März wird der frühere finnische Präsident und UN-Sondergesandte für das Kosovo, Martti Ahtisaari, eine Ansprache zum Thema „Haus Europa“ halten. Die Jubiläumsfeierlichkeiten selbst werden am Sonntag, 25. März, in der Kathedrale von Lund und auf dem Gelände der Universität stattfinden. Der 49-köpfige LWB-Rat führt zwischen den in der Regel alle sechs Jahre stattfindenden Vollversammlungen die Geschäfte des Weltbundes. Er tagt alle 12 bis 18 Monate.

Im Gespräch mit der Lutherischen Welt-Information (LWI) unterstrich LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko im Vorfeld der Ratstagung die wichtige Rolle der internationalen Konsultation. „Ich hoffe, dass wir die lutherische Identität weiter aufbauen und stärken können – im Dienst der einen, heiligen, allgemeinen und apostolischen Kirche, mit der die lutherische Gemeinschaft untrennbar verbunden ist“, erklärte er.

### Besonderer Fokus auf Arbeitsgruppe zu Ehe, Familie und Sexualität

LWB-Generalsekretär Noko erklärte mit Blick auf die Diskussion im Zusammenhang mit dem Bericht der LWB-Arbeitsgruppe zu Ehe, Familie und Sexualität, der während der Ratstagung in Lund vorgelegt wird: „In unseren pluralistischen Gesellschaften wird häufig davon ausgegangen, dass diese Fragen in den Bereich des Privatlebens gehören, wo jede und jeder von uns individuelle moralische Verantwortung dafür übernehmen muss“, so Noko.

Der LWB habe dieses Thema als Arbeitsschwerpunkt gewählt, da in verschiedenen Teilen der Welt Diskussionen über die menschliche Sexualität im Zusammenhang



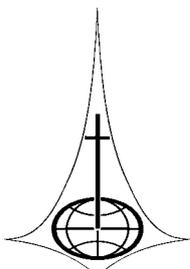
Prozession auf der ersten Vollversammlung des LWB 1947 in Lund (Schweden). Von li. nach re.: Dr. Franklin C. Fry (USA), Dr. Abdel R. Wentz (USA), Bischof Hans Meiser (Deutschland) und Dr. Johan A. Aasgaard (USA). © LWB-Archiv

mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften entbrannt seien. „Immer mehr Gesellschaften erlassen Gesetze, um die Frage der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften zu regeln, und die Kirchen, die Jahrhunderte lang zuständig waren für Eheschliessung und Segnung der Ehepartner, stehen jetzt vor der Herausforderung, ihre Praxis vor dem Hintergrund dieser Entwicklung zu prüfen.“

2003 erkannte die Zehnte LWB-Vollversammlung in Winnipeg an, dass diese Frage mit ihrer pastoralen und kirchlichen Problemstellung untersucht werden müsse, da sie aufgrund der unterschiedlichen Meinungen und Überzeugungen innerhalb und zwischen den Kirchen grosses Spannungspotenzial habe. Als Antwort auf das Ersuchen der Vollversammlung richtete der LWB-Rat 2004 die Arbeitsgruppe ein.

In diesem Zusammenhang betonte Noko, dass der Bericht nicht den Zweck verfolge, „die kontroversen seelsorgerlichen Fragen als solche zu beantworten, sondern vielmehr mit Hilfe von Richtlinien Wege aufzeigen will, wie die Kirchen diese Kontroversen in würdiger und verantwortlicher Weise gemeinsam angehen können.“

Für den LWB-Generalsekretär lauten die eigentlichen Fragen: „Wie können wir in der Kirche trotz der unvereinbaren Meinungsunterschiede in einer sensiblen ethischen Frage zusammenleben? Wie können wir trotz der Ver-



schiedenheiten zusammenleben, die zwischen und unter uns in der weltweiten lutherischen Gemeinschaft und auch in den einzelnen Mitgliedskirchen selbst bestehen? Welche Auswirkungen haben unser christlicher Glaube und unsere Bekenntnisgrundlage auf die Art und Weise, wie wir mit unseren unterschiedlichen Positionen umgehen? Wie leben wir Gemeinschaft, wenn Menschen auf Verschiedenheit im Allgemeinen mit der Errichtung von Mauern reagieren, die andere ausgrenzen?“

Noko fordert die LWB-Mitgliedskirchen nachdrücklich auf, die negative Spirale zu durchbrechen, gemeinsam nachzudenken und auf die vereinigende Kraft Christi zu bauen. „Was uns im Glauben zusammenhält, ist unsere Einheit in Christus, die wir nicht aus eigener Kraft verwirklichen können, sondern von Gott empfangen. Unsere gemeinsame Glaubensbasis, unser Glaube an Gottes rechtefertige Gnade in Jesus Christus, kann die Gemeinschaft der Gläubigen selbst dann tragen, wenn unvereinbare Positionen in wichtigen Fragen bestehen“, betonte er.

## Auf halbem Weg zwischen zwei Vollversammlungen

Der Generalsekretär wies auch darauf hin, dass sich der LWB auf halbem Weg zwischen seiner Zehnten Vollversammlung 2003 und seiner Elften Vollversammlung 2010 befinde. „Unsere Zusammenkunft in Lund bietet den Mitgliedskirchen eine gute Gelegenheit, mit dem Rat über sehr wichtige Fragen zu diskutieren, die seither entstanden sind und die Auswirkungen auf den Weltbund haben“, erklärte er. Zu diesen aktuellen Fragen gehörten Anliegen wie „Ehe, Familie und Sexualität und das bischöfliche Amt innerhalb der Apostolizität der Kirche“.

Die Tagung in Lund, so Noko, biete auch „eine gute Gelegenheit für nichteuropäische Teilnehmende, zu erkennen, dass diese Region nicht nur ein wichtiger politischer und Wirtschaftsraum, sondern auch ein wichtiger ökumenischer Raum ist. Es ist für uns Nicht-EuropäerInnen wesentlich, dass wir uns der Herausforderungen bewusst werden, mit denen diese Region zu diesem konkreten



*Dr. J. P. van Heest, Präsident der Evangelisch-Lutherischen Kirche im Königreich Niederlande, unterzeichnet die erste LWB-Verfassung auf der Gründungsversammlung 1947 in Lund (Schweden). Andere Anwesende sind (von li. nach re.): Dr. Abdel R. Wentz (USA), Bischof Hanns Lilje aus Deutschland (beide sitzend), Dr. W. J. Kooiman (Niederlande), C. P. J. Bik, Mitglied des niederländischen Synodalrates, Dr. Rees E. Tulloss (USA) sowie Erzbischof Erling Eidem aus Schweden (re. stehend). © LWB-Archiv*

Zeitpunkt konfrontiert ist, wie zum Beispiel der Frage der europäischen Erweiterung und Integration. In diesem Sinne haben wir den früheren finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari eingeladen, den Teilnehmenden seine Ansichten zur Rolle Europas darzulegen.“

Noko betonte auch, dass die LWB-Mitgliedskirchen „ehrliche und transparente Diskussionen über den Status von Frauen in den Kirchen der lutherischen Gemeinschaft führen müssen“.

Besondere Bedeutung komme, so Noko, einer symbolischen Zeremonie zu, die im Rahmen der Sonntagsfeierlichkeiten in Lund stattfinden werde. Ältere Teilnehmende, die bereits vor 60 Jahren an der Gründungsversammlung teilgenommen hätten, würden die Leitung des Weltbundes symbolisch an die anwesenden JugendvertreterInnen weitergeben. „Dies wird ein wichtiges Ritual sein, durch das die Rolle der jungen Generation in der Leitung der lutherischen Gemeinschaft anerkannt wird“, erklärte Noko.

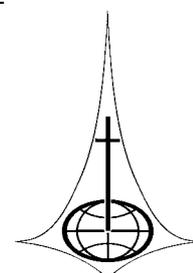
**Weitere Informationen zur LWB-Ratstagung in Lund finden Sie in den LWI-Druckausgaben 04/2007 und 05/2007.**

## LWB-Generalsekretär Noko verurteilt brutale Unterdrückung der Bevölkerung von Simbabwe

Gemeinschaft afrikanischer Länder muss ihre Kräfte mobilisieren und einen Beitrag zur Rettung Simbawwes leisten

Genf, 17. März 2007 (LWI) – Der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB), Pfr. Dr. Ishmael Noko, hat sich mit aller Schärfe gegen die brutale Unterdrückung der Bevölkerung von Simbabwe gewandt. Aufgrund des gewaltsamen Vorgehens gegen DemonstrantInnen in dem südafrikanischen Land während der vergangenen Tage hat sich der in Simbabwe geborene LWB-Generalsekretär mit einem Schreiben an den Vorsitzenden des Afrikanischen Union, Ghanas Präsident John Kufuor, gewandt.

In seinem Schreiben vom Donnerstag, 15. März, appelliert LWB-Generalsekretär Noko an den ghanaischen Präsidenten, „alles in Ihrer Macht Stehende zu tun und die Regierung von Simbabwe dahingehend zu beeinflussen, dass sie ihren selbstzerstörerischen Kurs ändert, die Angriffe gegen ihre eigenen BürgerInnen einstellt, ihre gescheiterte Wirtschaftspolitik korrigiert und ihre aggressive Isolationspolitik aufgibt.“



Noko brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, „dass die Gemeinschaft afrikanischer Länder ihre Kräfte mobilisieren kann, um einen Beitrag zur Rettung Simbabwes zu leisten, dem simbabwischen Volk neue Hoffnung zu geben, Simbabwe wieder zu dem inspirierenden Vorbild zu machen, das es einmal war, und den Glauben der weltweiten Gemeinschaft an die politische Führung Afrikas wiederherzustellen.“

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Simbabwe gehört seit 1963 zum LWB und hat rund 150.00 Mitglieder. In Simbabwe leistet der LWB humanitäre Hilfe und führt Projekte der Entwicklungszusammenarbeit – wie auch in vielen anderen Ländern Afrikas – durch.

*Im Folgenden finden Sie den vollen Wortlaut des Schreibens von LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko an den ghanaischen Präsidenten John Kufuor:*

S. E. Präsident John Kufuor  
Vorsitzender der Afrikanischen Union  
The Castle  
Osu, Accra  
Ghana  
15. März 2007

Eure Exzellenz,

ich schreibe im Namen des Lutherischen Weltbundes (LWB) – einer Kirchengemeinschaft mit 140 Mitgliedskirchen in 78 Ländern, die insgesamt rund 66,7 Millionen Menschen vertreten – um die tiefe Sorge und den Schmerz unserer weltweiten Mitgliedschaft angesichts der rapiden Verschlechterung der Lage in Simbabwe zum Ausdruck zu bringen. Der LWB hat eine Mitgliedskirche in Simbabwe, leistet humanitäre Hilfe und führt Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in diesem Land (wie auch in vielen anderen Ländern Afrikas) durch.

Als internationale Organisation von Kirchen haben wir den Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit Simbabwes entschlossen und solidarisch unterstützt. Wir haben seither versucht, dem simbabwischen Volk in seinem Streben nach menschlicher Entwicklung zu helfen. Aus diesem Grund berührt uns die gegenwärtige Entwicklung in ganz besonderer Weise und wir beobachten voller Trauer und hilflosem Schmerz, wie die Menschen in Simbabwe für ein Leben in Würde kämpfen müssen.

Die nationale Volkswirtschaft ist nach weit verbreiteter Einschätzung zusammengebrochen. Es herrscht eine Hyperinflation, die das Land seines Reichtums beraubt, den Menschen die Möglichkeit nimmt, für ihre Familien zu sorgen, und die Fähigkeit internationaler Organisationen wie der unseren untergräbt, dem leidenden Volk zu helfen. Die Menschen fühlen sich nicht mehr sicher in ihrem eigenen Land und viele fliehen ins Ausland. Die Missstände, die die Menschen angesichts all der Armut, Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und des Machtmissbrauchs anprangern, sind auf fundamentale Versäumnisse der Regierung zurückzuführen.

Die Regierung Simbabwes reagiert auf die wachsenden Forderungen nach Veränderung und Reform mit beispielloser Brutalität und Unterdrückung. Die Angriffe gegen OppositionsführerInnen, MenschenrechtsarbeiterInnen und JournalistInnen nehmen täglich an Zahl und Schärfe zu. Die Zwischenfälle am 11. März 2007 und den darauf folgenden Tagen, bei denen friedliche

DemonstrantInnen, die an einer Protestveranstaltung teilgenommen hatten, verhaftet, angegriffen, verwundet und getötet wurden, zeigen, dass die Regierung Simbabwes bereit ist, die Instrumente der Staatsmacht gegen ihre eigenen BürgerInnen einzusetzen – und dabei deren Menschenrechte sowie ihre eigenen verfassungsmässigen Pflichten völlig zu missachten.

Was wir gegenwärtig miterleben, ist kurz gesagt die Zerstörung des Traums, der zu Simbabwes Freiheit und Unabhängigkeit geführt hat. Das Leid der Menschen ist heute so gross, dass Massnahmen ergriffen werden müssen, die keinen weiteren Aufschub dulden. Die Unsicherheit, die die Menschen in Simbabwe bedroht, stellt auch eine Bedrohung für die gesamte Region dar. Das Vorgehen Mugabes zerstört nicht nur sein eigenes Volk und den Ruf seines Landes, sondern macht auch alle Möglichkeiten zunichte, das Image der politischen Führung Afrikas allgemein wiederherzustellen.

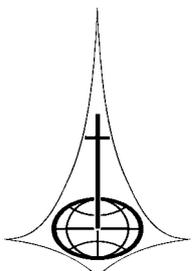
Bemerkenswert ist, dass die Polizeiaktion vom 11. März 2007 sich gegen Teilnehmende an einer friedlichen Gebetsversammlung richtete. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass die Kirchen in Simbabwe Initiativen ergreifen, um für Gerechtigkeit und Frieden in einer so schwierigen und gefährlichen Situation einzutreten. Dazu gehört auch die Ökumenische Friedensinitiative, die Präsident Mugabe kürzlich konkrete Vorschläge in Form eines Dokuments mit dem Titel „Eine neue Vision“ unterbreitet hat.

Herr Präsident, ich appelliere an Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun und die Regierung von Simbabwe dahingehend zu beeinflussen, dass sie ihren selbstzerstörerischen Kurs ändert, die Angriffe gegen ihre eigenen BürgerInnen einstellt, ihre gescheiterte Wirtschaftspolitik korrigiert und ihre aggressive Isolationspolitik aufgibt.

Es ist meine ernste Hoffnung und mein Gebet, dass die Gemeinschaft afrikanischer Länder ihre Kräfte mobilisieren kann, um einen Beitrag zur Rettung Simbabwes zu leisten, dem simbabwischen Volk neue Hoffnung zu geben, Simbabwe wieder zu dem inspirierenden Vorbild zu machen, das es einmal war, und den Glauben der weltweiten Gemeinschaft an die politische Führung Afrikas wiederherzustellen.

Hochachtungsvoll

Pfr. Dr. Ishmael Noko  
Generalsekretär  
Lutherischer Weltbund



## FEATURE: Protest gegen eine schicke Flasche

### Kampagne für Wasserrechte beim Weltsozialforum

Nairobi (Kenia)/Genf, 9. März 2007 (LWI) – Linus Njoroge, ein Strassenjunge, fand es schick, beim siebenten Weltsozialforum (WSF) in Nairobi (Kenia) mit einer Flasche in seiner Hüfttasche und einer weiteren in seiner Hand herumzulaufen. Er war in das Moi International Sports Center (Kasarani) gekommen, um „so eine grosse Veranstaltung“ mitzerleben, wo Tausende miteinander die Möglichkeit einer „anderen Welt“ diskutierten. Bald stellte er fest, dass alle dort Flaschenwasser dabei hatten – anders als er, der seine Flasche am Wasserhahn aufgefüllt hatte.

Für sich betrachtet ist die Geschichte von Njoroge kaum der Erwähnung wert, aber die Wut, mit der beim WSF für Wasserrechte demonstriert wurde, ist symptomatisch für einen neuen Konflikt, der, so die Einschätzung mancher TeilnehmerInnen, viele Regierungen unvorbereitet treffen könnte.

Von Ghana bis Indien und fast überall im Süden der Welt decken sich die Berichte: Multinationale Konzerne bemächtigen sich, mit Unterstützung der Behörden vor Ort, der Wasserressourcen, des Landes und der Wälder der einheimischen Bevölkerung, füllen das Wasser ab und verkaufen es an die armen Gemeinwesen, denen es ursprünglich gehörte.

#### Recht auf Land und Ressourcen

Im Rahmen eines Workshops betonte Kishore Kumar Nag, Mitglied der Delegation des Lutherischen Weltbundes (LWB) beim WSF 2007, die Wasserkrise in Indien verschärfte sich aufgrund der Privatisierungspolitik der Regierung. Angesichts dieser bedrohlichen Entwicklung versuchten



Eine Gruppe von AktivistInnen demonstriert ihre Unterstützung für die Rechte der Dalits auf dem siebenten WSF in Nairobi (Kenia). © ÖRK/J. Michel

die lutherischen Kirchen in Indien gemeinsam, „zu verstehen, wer an der Kommerzialisierung des Wassers beteiligt ist und welche Hintergründe diese Entwicklung und insbesondere die Privatisierung von Land hat“, so Nag, Beigeordneter Direktor der Abteilung für soziale Fragen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Indien (VELKI) mit Hauptsitz in Chennai (Indien).

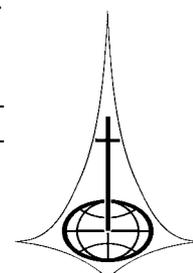
Der Delegierte der VELKI legte dar, Unternehmen wollten sich im Rahmen dieser „heimlichen Privatisierungspolitik“ grosse Flächen aneignen, insbesondere solche Flächen, die armen oder ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen gehörten. Die Kirchen ihrerseits argumentierten, das Land sei die Lebensgrundlage der Menschen. Werde ihnen diese entzogen, stehe letztlich ihr Überleben zur Disposition, betonte Nag. „Daher schliessen sich zahlreiche Kirchen, ökumenische Organisationen und Gruppen von Ehrenamtlichen zusammen, um diese Tendenzen zu bekämpfen und sich für das Recht der Menschen auf ihre Wasserressourcen und das Eigentum an ihrem Land einzusetzen.“

Beim WSF in Nairobi entstand angesichts dieser Problematik das Afrikanische Wassernetzwerk, das gegen die Privatisierung von Wasser aktiv werden soll. Das Netzwerk wurde bei einem Workshop am 24. Januar ins Leben gerufen, an dem Teilnehmende aus 40 Ländern mitwirkten. Dort wurde betont, dass der weltweite Trend zur Privatisierung des Wassers negative Folgen für Millionen AfrikanerInnen haben werde, die zu den 1,1 Milliarden Menschen weltweit zählten, die keinen Zugang zu Wasser hätten. Weiteren 2,6 Milliarden stünde nur eingeschränkt Wasser zur Verfügung.

„Dieses Netzwerk ist eine Warnung an Wasserpri-raten, Regierungen und internationale Finanzinstitu-



Mädchen füllen ihre Wasserkanister in Kibera (Nairobi), einem der grössten Slums in Afrika. © ÖRK/J. Michel



tionen, dass Afrika sich gegen die Privatisierung zur Wehr setzen wird“, so Hassan Adam, ghanaischer Aktivist, der das Netzwerk organisierte. Aus seinem westafrikanischen Land wird berichtet, vier Flüsse seien durch den Bergbau bereits zerstört worden.

Der Zugang zu Wasser bleibt in den meisten armen Ländern weltweit weiterhin unsicher und stark gefährdet. Angesichts dieser Situation betonen Organisationen, die sich gegen die Armut engagieren, dass dieser Zugang zu den Wasserressourcen Vorbedingung für die Überwindung und Linderung der Armut sei.

## Dringliches Problem

Im Rückblick auf die Beteiligung des LWB am diesjährigen WSF erklärte Peter Prove, Assistent des LWB-Generalsekretärs im Bereich Internationale Angelegenheiten und Menschenrechte sowie Leiter der LWB-Delegation: „Beim Weltsozialforum hatten Vertreter und Vertreterinnen der LWB-Mitgliedskirchen und -Länderprogramme Gelegenheit, im Blick auf die drängenden Probleme, mit denen sie in ihrem jeweiligen Kontext konfrontiert sind, Informationen zu sammeln und Netzwerke mit zivilgesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern aufzubauen. An immer mehr Orten weltweit stellt der Zugang zu Wasser eines der dringlichsten Probleme dar.“

Erstmals fand dieses Jahr das WSF in Afrika statt. Etwa 70.000 registrierte Delegierte nahmen an dem jährlichen Forum zivilgesellschaftlicher Bewegungen und AktivistInnen teil, die unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ gegen die negativen Folgen der Globalisierung und ihre Auswirkungen auf die Armen weltweit die Stimme erheben.



Frauen transportieren in einer Menschenkette Wasser aus einem in 15 Meter Tiefe liegenden sandigen Flussbett, um das Vieh in der Nähe von Kalobeyei (Abschnitt Kakuma des Bezirkes Turkana) im Nordwesten von Kenia zu tränken. In diesem Gebiet haben Nutztiere bei der Wasserversorgung Vorrang vor den Menschen. © LWB/ACT/B. Waddell

(Ein Beitrag von LWI-Korrespondent Fredrick Nzwili, Nairobi.)

**Die Wasserfrage gehört zu den zentralen Themen der Arbeit des LWB. Die jüngste Sonderausgabe der Lutherischen Welt-Information mit dem Titel „Wasser des Lebens“ befasst sich mit den Hauptaspekten der gegenwärtigen Wasserdebatte, Privatisierung, Zugang zu Wasser und theologischen Berührungspunkten. Die LWI-Sonderausgabe steht auf der LWB-Webseite als PDF-Datei zum Download zur Verfügung: [www.lutheranworld.org/What\\_We\\_Do/OCS/LWI-2006-PDF/LWI-200609-DE-low.pdf](http://www.lutheranworld.org/What_We_Do/OCS/LWI-2006-PDF/LWI-200609-DE-low.pdf)**

**Dieser Beitrag gehört zu einer Feature-Serie der Lutherischen Welt-Information (LWI) zum Thema der Zehnten LWB-Vollversammlung 2003 „Zur Heilung der Welt“.**

## Kanadischer Bischof Schultz tritt in den Ruhestand

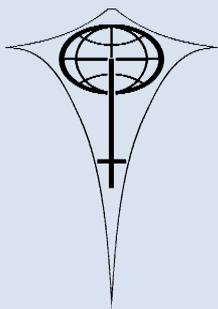
Der Nationalbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Kanada (ELKIK), **Raymond L. Schultz**, wird zum 1. September 2007 aus gesundheitlichen und familiären Gründen in den Ruhestand treten. Wie die ELKIK mitteilte, soll sein/e NachfolgerIn im Juni dieses Jahres auf der Elften Vollversammlung in Winnipeg (Manitoba/Kanada) gewählt werden.

Schultz war 2001 auf der Achten Vollversammlung der ELKIK in Waterloo (Ontario/Kanada) zum Nationalbischof

der ELKIK gewählt und 2005 im Amt bestätigt worden. Vor seiner Wahl zum Nationalbischof war Schultz von 1998 bis 2001 Bischof der British Columbia-Synode der ELKIK.

Schultz ist Mitglied des LWB-Rates sowie des LWB-Programmausschusses für Ökumenische Angelegenheiten. Weiterhin ist er Mitglied im Ständigen Ausschuss für die Verfassung sowie Vorsitzender des LWB-Erneuerungsausschusses.

(Nach ELCIC News)



Herausgegeben von:  
Lutherischer Weltbund  
150, route de Ferney  
Postfach 2100  
CH-1211 Genf 2, Schweiz  
Telefon +41/22-791 61 11  
Fax +41/22-791 66 30  
E-Mail: [info@lutheranworld.org](mailto:info@lutheranworld.org)  
[www.lutheranworld.org](http://www.lutheranworld.org)